

Bonn und Teheran um Entspannung bemüht

„Rätsandschani lot „freundschaftliche Beziehungen“ // Von Stahl: Bundesregierung spielte „Kollateralschaden“ herunter

Teheran/Bonn/Berlin. pö/sav
Die Bundesregierung und die iranische Führung waren am Freitag bemüht, die Krise in den Beziehungen zu entschärfen. Angehörige der Mykonos-Mordopfer machten Bonn dafür verantwortlich, daß der Iran auf den Prozeß Druck ausüben konnte.

Irans Staatschef Rafsandschani plädierte für die Fortsetzung der „freundschaftlichen Beziehungen“. Beim Freitagsgebet nahm er die Bundesregierung gegen die öffentlichen Proteste in seinem Land in Schutz, nachdem Bundeskanzler Kohl sich in einem Schreiben an ihn zum Mykonos-Prozeß geäußert hatte. Dabei erkannte Rafsandschani erstmals an, daß die Bundesregierung keinen di-

rekten Einfluß auf das Berliner Gericht hat. „Wir sollten es nicht zulassen, daß die Fäden in dieser Angelegenheit unseren beiden Regierungen entgleiten und anderen Kreisen in die Hände fallen“, sagte Rafsandschani. Die USA und Israel als „Hauptfeinde“ Irans hätten „die deutsche Regierung so weit in Bedrängnis gebracht, daß der deutsche Kanzler mir schreibt und mich um Hilfe bittet, um unsere Beziehungen zu retten“. Er kündigte an, daß er den Brief beantworten werde.

Mehrere Bundestagsabgeordnete verlangten unterdessen, die Beziehungen zu Teheran auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz abzubauen. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Horn-

hues, sagte jedoch, man könne nicht die Botschaft schließen und auf die 400 Deutschen in Iran keine Rücksicht nehmen.

Im Mykonos-Prozeß haben die Nebenkläger die Bundesregierung heftig attackiert. Bonn sei dafür verantwortlich, daß der Iran Druck auf das Verfahren ausüben konnte, sagte Anwalt Wolfgang Wieland vor dem Berliner Kammergericht. Der Bundesregierung sei schon vor dem Prozeß die Verwicklung Teherans in den Mord an vier iranischen Oppositionellen bekannt gewesen. Indem Bonn daraus keine Konsequenzen zog, habe es das Szenario für die iranische Druckausübung eröffnet, so Wieland. In dem Prozeß müssen sich vier Libanesen und ein Iraner für die

Tat verantworten. Auch der frühere Generalbundesanwalt Alexander von Stahl hat der Bundesregierung vorgeworfen, 1992 versucht zu haben, die Verstrickung des Mullah-Regimes herunterzuspielen. Er sagte der „Frankfurter Allgemeinen“, die damalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger habe ihn gedrängt, die Verwicklung des Iran nicht publik zu machen. Die „faktischen“ Ermittlungen seien aber nicht beeinflusst worden. Mykonos habe jedoch „wesentlich dazu beigetragen, daß ich nicht mehr Generalbundesanwalt bin“. Leutheusser-Schnarrenberger nannte die Anschuldigungen „typisch“ für einen Mann, der über seine Entlassung verbittert sei.

AA000285